



Schützenhilfe für Lehrer

Bildungs-Sonderausschuss des Nationalrats beendet Arbeit mit Forderungspaket.

WIEN. (VN-joh) Vor einem „Eklat“ warnt Ex-Vizekanzler Hannes Androsch für den Fall, dass der Nationalrat die Forderungen „seines“ Bildungsvolksbegehrens ignorieren sollte. Heute kommt es demnach zur Bewährungsprobe: Der Sonderausschuss, der Ende Jänner eingerichtet worden ist, um sich mit den Anliegen zu beschäftigen, tritt zu seiner letzten Sitzung zusammen. Vorsitzender Elmar Mayer (SPÖ) hofft, dass mit Unterstützung aller Fraktionen ein Forderungsprogramm verabschiedet wird, das dann Mitte Juni dem Plenum vorgelegt werden kann.

Junge Leute motivieren

Das Volksbegehren von Androsch und einigen Mitstreitern kam im November 2011 auf rund 330.000 Unterschriften. Die Initiatoren hatten sich zwar mehr erwartet, die entscheidende Hürde von 100.000 wurde allerdings übersprungen. Damit war der Nationalrat gezwungen, sich mit Anliegen wie einem flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule auseinanderzusetzen.

Im VN-Gespräch kündigt Ausschussvorsitzender Mayer konkrete Vorstellungen zu den laufenden Verhandlungen über ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer an: „In den nächsten Jahren geht jeder zweite Lehrer in Pension. Das bedeutet, dass die Rahmenbedingungen noch in dieser Legislaturperiode (bis 2013) so weit verbessert werden



Lebensverdienstsumme von Lehrern darf nicht sinken, meint Ausschussvorsitzender Elmar Mayer. FOTO: FOTOLIA

müssen, dass adäquater Nachwuchs gefunden werden kann.“

Zur Lehrerausbildung soll der Ausschuss laut Mayer klarstellen, dass künftig alle Pädagogen einen Master-Abschluss erhalten: „Für alle Lehrer ist eine universitäre Ausbildung mit einem gemeinsamen Ausbildungskern vorzusehen.“

„Die Besoldung hat nichts mit dem Konsolidierungspaket zu tun.“

ELMAR MAYER, SPÖ

Die Reform der Lehrerbesoldung dürfe wiederum „nichts mit dem Konsolidierungspaket des Bundes zu tun haben: Es geht darum, junge Leute zu motivieren, diesen Beruf zu ergreifen.“ Die Lebensverdienstsumme dürfe also nicht sinken, sie müsse zumindest gleich bleiben: „Die Anfangsgehälter sollen steigen, die laufenden Vorrückungen dafür weniger stark ausfallen“, so Mayer. „Wie das im Detail aussieht, sollen Regierungs- und Lehrervertreter am Verhandlungstisch klären.“

Zurzeit ist ein Modell im Gespräch, demzufolge das

Einstiegsgehalt auf 2420 Euro brutto pro Monat steigen soll. AHS-Lehrer, die damit um knapp 200 Euro mehr erhalten würden, befürchten, längerfristig Einbußen zu erleiden. Dazu soll es laut Mayer jedoch nicht kommen. Auch eine Erhöhung der Lehrverpflichtung, die denkbar sei, müsste seiner Ansicht nach „entsprechend abgegolten werden“.

Der Ausschussvorsitzende hofft, dass die Beratungsergebnisse am 14. oder 15. Juni als Antrag aller fünf Fraktionen vom Nationalrat verabschiedet werden. Dann ist die Regierung am Zug.